

Protokoll der digitalen Delegiertenversammlung

13. Februar 2021, 10.00 Uhr – 15.30 Uhr, Hotel Kreuz Bern

Vorsitz: Rebekka Wyler und Michael Sorg

Protokoll: Jil Meyer

Anwesend: 245 Delegierte

Anmerkung zum Protokoll

Sämtliche Referate, Diskussionen und Wortmeldungen der Delegiertenversammlung werden aufgezeichnet und sind im Zentralsekretariat der SP Schweiz archiviert. Dieses Protokoll gibt die Aussagen der Sprechenden lediglich gekürzt und sinngemäss wieder.

1. Eröffnungsgeschäfte

Michael Sorg eröffnet die digitale Delegiertenversammlung und freut sich über die rege Teilnahme der Delegierten.

Gastzuschaltung von Nationalrat Mathias Reynard aus dem Kanton Wallis. Er begrüsst die Genoss:innen zur digitalen DV und informiert über die Walliser Wahlen vom 7. März 2021.

Neues DV-Tool

Für die Delegiertenversammlung vom 13. Februar kommt ein neues System zum Einsatz, in welchem Abstimmungen, Wortmeldungen, der YouTube-Stream sowie ein Chat-Raum kombiniert werden.

Technische Probleme

Technische Probleme können nicht ausgeschlossen werden, deshalb wird um Verständnis gebeten, falls es zu Ungereimtheiten kommen sollte. Bei technischen Problemen an den Endgeräten sind eine deutsch- und französischsprachige Notfallhotline verfügbar.

Abstimmungsverfahren

Abstimmungen werden über das neue DV-Tool durchgeführt. Mittels farbigem Punkt kann überprüft werden, ob die eigene Stimme richtig registriert wurde.

Mandatskontrolle und Abstimmungsbüro

Die Mandatskontrolle und das Abstimmungsbüro übernehmen Claudio Marti und Karin Mader.

Redezeitbeschränkung

Erfahrungen zeigen, dass bei Online-Versammlungen kurze Voten im Allgemeinen besser abschneiden, weshalb eine generelle Redezeitbeschränkung von maximal 2 Minuten gelten wird. Bei Reden gilt keine Redezeitbeschränkung.

Wortmeldungen

Wortmeldungen müssen bis zum Beginn des vorhergehenden Traktandums eingereicht werden. Bei Wortmeldungen bezüglich des Corona Positionspapiers, ist der entsprechende Antrag anzugeben.

Ordnungsanträge

Ordnungsanträge zum Ablauf müssen vor dem Beginn des Traktandums eingereicht werden. Dies kann auch über das Wortmeldeformular geschehen.

Geschäftsordnung

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Geschäftsordnung wurde genehmigt.

Genehmigung def. Traktandenliste

In der Schlussdokumentation sind nochmals sämtliche Papiere enthalten.

Die definitive Traktandenliste enthält folgende Änderungen:

- R1: Gute Pflege braucht Zeit und gerechte Arbeitsbedingungen
- R2: Gute Ausbildung unter guten Bedingungen – auch während der Corona-Pandemie!
- R5: 50 Jahre Frauenstimmrecht – «Unser intersektionaler Kampf geht weiter!»
- R6: 50 Jahre nach dem Frauenstimmrecht der sozialdemokratischen Idee der Individualbesteuerung endlich zum Durchbruch verhelfen
- R8: Für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und soziale Gerechtigkeit im Kosovo – Solidarität mit Vetëvendosje!

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die definitive Traktandenliste wird genehmigt.

Protokoll der DV vom 27. Juni 2020

Genehmigung des Beschluss-Protokolls der Delegiertenversammlung vom 27. Juni 2020. Dieses kann unter www.sp-ps.ch heruntergeladen werden.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Das Protokoll wird genehmigt.

2. Mitteilungen

Rebekka Wyler: Das Klimapapier kommt im März in das Präsidium und anschliessend in die Geschäftsleitung. Rebekka weist auf die laufende AHV-13-Initiative hin und erinnert daran, die ausgefüllten Unterschriftenbögen zurückzuschicken. Die Partei hat eine neue Richtlinie im Umgang mit sexueller Belästigung und Diskriminierung beschlossen. Das Präsidium hat sich der vorgeschlagenen Statutenrevision gewidmet. Es wurden zahlreiche Informationen über das 50 Jahre Jubiläum des Frauenstimmrechts ausgetauscht. Das Bildungsmodul über das 50 Jahre Frauenstimmrecht kann immer noch bestellt werden.

3. Rede Mattea Meyer, Co-Präsidentin der SP Schweiz

Die Rede von Mattea Meyer ist unter folgendem Link zu finden:

https://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/210213_rede_mattea_df.pdf

4. Bewältigung der Corona-Krise

Diskussion und Verabschiedung Positionspapier der SP Schweiz: Gesundheit schützen – Existenzen sichern

Das Positionspapier der SP Schweiz zur Bewältigung der Corona-Krise «Gesundheit schützen – Existenzen sichern» mit allen 18 eingegangenen Anträgen und den Empfehlungen der Geschäftsleitung ist als separates Dokument aufgeschaltet und unter folgendem Link zu finden: www.spschweiz.ch

Einleitung von Cédric Wermuth: Wir schlagen vier Prioritäten vor im Kampf gegen die Pandemie. Zuerst muss der Schutz der Bevölkerung und ihrer Gesundheit gewährleistet sein. Des Weiteren gilt

es, die Arbeitsplätze zu erhalten, das Einkommen zu sichern und die Konjunktur zu stabilisieren. Wir fordern bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne für die systemrelevanten Berufe, die Teil des Service Public sind. Viertens braucht es klare Kompetenzen, konkrete Regeln und sinnvolle Prioritäten.

Carlo Lepori: Die Kritik an die Schwachstellen des Föderalismus ist wichtig. Die SP60+ betont, dass ältere Menschen am stärksten von Corona betroffen sind. Das Leben und die Würde der älteren Generation stehen vor einer gewinnorientierten Wirtschaft.

A1 bis A9: Die Position der Geschäftsleitung wird nicht bestritten.

A10: Nicola Siegrist und andere

Nicola Siegrist erläutert, dass nur dem Basler-Modell zugestimmt werden darf, wenn die Finanzierung dieser Unterstützung durch eine Immobiliensteuer oder eine Steuer für Vermögende gewährleistet ist.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme: „Die SP wird sich dafür einsetzen, dass die Finanzierung dieser Unterstützung durch eine Immobiliensteuer oder eine Steuer für Vermögende gewährleistet wird.“

Begründung der GL: Die Formulierung im Antrag ist zu ultimativ. Wenn wir unsere Unterstützung für das „Basler Modell“ an derart harte Bedingungen knüpfen, riskieren wir ein Scheitern dieses Modells und damit Tausende Konkurse und Stellenverluste. Denn die Bürgerlichen haben zur Genüge bewiesen, dass sie nicht davor zurückschrecken, die „Kleinen“ fallen zu lassen, um die Profite der „Grossen“ zu sichern. Darum ist es richtig, für eine Finanzierung durch die Krisenprofiteure zu kämpfen. Aber wir sollten unsere Unterstützung für die Betroffenen nicht ultimativ davon abhängig machen.

Beschluss der DV: Der modifizierten Annahme wird zugestimmt.

A11 bis A13: Die Position der Geschäftsleitung wird nicht bestritten.

*A14: SP Frauen * Schweiz*

Marilena Corti fordert die negativen Auswirkungen von Fernunterricht zu kompensieren. Die SP Frauen* sind mit der modifizierten Annahme Einverstanden.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme: „Der Schulbetrieb muss sichergestellt werden, ohne dass die Schule selbst zu einem Ort der Ansteckung wird. Deshalb braucht es bei einer Umstellung auf Fernunterricht zwingend flankierende Massnahmen und Szenarien zur Gewährleistung des Rechts auf Bildung. Die Schliessung aller Schulen beziehungsweise das Verbot von Präsenzunterricht darf nur ein allerletztes Mittel sein.“

Begründung der GL: Die GL legt an der heutigen DV auch eine Resolution zur Corona-Situation an den Schulen vor. Darin werden die Forderungen der SP an den Schulbetrieb in Corona-Zeiten präzisiert. Die vorgeschlagene Formulierung ist direkt aus dieser Resolution übernommen.

A15: Position der GL nicht bestritten

A16: Renato Wernli

Renato Wernli fordert die Verhinderung von Zoonosen durch Propagierung des Verzichts auf Tierprodukte.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme: „Verhinderung von Zoonosen durch eine Reduktion des Konsums von Tierprodukten und eine verbesserte Tierhaltung.“

Begründung der GL: Ein genereller Verzicht auf tierische Produkte geht zu weit. Die SP macht keine Essensvorschriften, sondern sie setzt darauf, die Lebens- und Produktionsbedingungen zu verbessern.

Ausserdem hat die GL Zweifel daran, ob die Ursprünge der Corona-Pandemie tatsächlich unmittelbar und ausschliesslich in der industriellen Tierhaltung zu suchen sind. Die wissenschaftliche Evidenz stützt diese Darstellung nur sehr bedingt.

Beschluss der DV: Die Delegiertenversammlung lehnt den Antrag ab.

A-17 und a-18: Parti socialiste neuchâtois

Matthieu Béguelin beantragt ein fünftes Kapitel über Kultur.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme:

Im Kapitel 2 „Wirtschaft und Arbeit“ wird ein Abschnitt zur Kultur eingefügt.

Die Forderungen 1 und 4 werden übernommen.

Die Forderung 3 wird modifiziert aufgenommen: „Die SP unterstützt die Einrichtung eines Systems der Existenzsicherung für Kulturschaffende nach dem Vorbild des Kantons Zürich.“

Die Forderungen 2, 5 und 6 sind im Kapitel „Wirtschaft und Arbeit“ bereits integriert.

Begründung der GL: Der Antrag ist inhaltlich völlig berechtigt. Kulturschaffende leiden stark unter der Corona-Krise und brauchen Unterstützung. Die SP hat jedoch stets Wert darauf gelegt – auch in diesem Papier – nicht branchenspezifische Insellösungen zu schaffen, sondern Unterstützung für alle Betroffenen zu garantieren, unabhängig von Branche und Einzelfällen. Wir wollen wegkommen von der Härtefall-Logik und der Einzelfall-Prüfung. Darum stünde ein eigenes Kapitel zu einer spezifischen Branche etwas quer in der Landschaft. So schlägt die GL als Kompromiss vor, die völlig berechtigten Forderungen für Kulturschaffende im Kapitel „Wirtschaft und Arbeit“ zu integrieren

Schlusswort von Cédric Wermuth: Für die SP kommt der Schutz der Menschen an erster Stelle. Sozialdemokratin oder Sozialdemokrat zu sein bedeutet Verantwortung zu übernehmen und an die schwächeren zu denken

Schlussabstimmung Corona-Positionspapier

Beschluss der DV: Die Delegiertenversammlung genehmigt das Corona Positionspapier einstimmig bei 4 Enthaltungen.

R-1 der GL: Gute Pflege braucht Zeit und gerechte Arbeitsbedingungen

Sara Muff (Kantonsrätin LU und Pflegefachfrau): Applaus alleine Reicht nicht aus. Die Pfleger:innen waren an der Front, als man sie gebraucht hat. Die Pflegefachpersonen verlegten in kürzester Zeit Patient:innen und schufen Isolationsstationen. Es wurde versucht für die Kranken da zu sein und gleichzeitig den regulären Betrieb weiter zu führen. Über die Einsatzzeiten wurde immer sehr kurzfristig entschieden und Dienstpläne galten nicht mehr. Ruhezeiten und Höchstarbeitszeiten wurden ausser Kraft gesetzt. In der ersten Welle fehlte es an Schutzmaterial. Der Beruf braucht dringend bessere

Arbeitsbedingungen und Anerkennung von der Politik. Die Forderungen der Resolution sind ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Zudem muss eine Ausbildungsinitiative gestartet werden und die Arbeitsbedingungen strukturell verbessert werden.

Barbara Gysi: Die Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals waren schon vor der Pandemie sehr schlecht, durch die Krise hat sich die Situation noch mehr zugespitzt. Wenn wir nicht sofort handeln, droht uns ein Pflegenotstand. Das Gesundheitswesen wird nicht mehr als Service Public verstanden. Seit der Einführung von Fallpauschalen ist der Druck auf die Pflege nochmals gestiegen. Aber auch in der Langzeitpflege und in der Psychiatrie ist die Finanzierung absolut ungenügend. Darum unterstützt die SP Schweiz die Pflegeinitiative.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme.

Beschluss der DV: Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

R-2 der GL: Gute Ausbildung unter guten Bedingungen – auch während der Corona-Pandemie!

Ueli Egger: Jedes Kind hat Anrecht auf eine gute Ausbildung. Die Volksschule muss in allen Kantonen mit den nötigen Mitteln ausgestattet werden – für den Schulbetrieb, für familienergänzende Kinderbetreuung, für vorschulische und schulbegleitende Angebote. Die öffentliche Schule garantiert das Recht auf Bildung für alle.

Elisabeth Baume-Schneider ergänzt, dass es ebenfalls wichtig ist, diese Vorkehrungen in den Kitas zu treffen. Krippen sind systemrelevant und müssen gebührende Aufmerksamkeit erhalten.

Cédric Wermuth: Die SP Schweiz hat sich bezüglich der Schliessung der Schulen noch nicht final positioniert. Die vielen Resolutionen zeigen, dass die SP dran ist die Pandemiepolitik weiter zu entwickeln. Mit dem Austausch von direkt Betroffenen und Wissenschaftler:innen können die Papiere erarbeitet und ausgebaut werden.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme.

Beschluss der DV: Der Resolution wurde zugestimmt.

5. Rede Simonetta Sommaruga, Bundesrätin

Die Rede von Bundesrätin Simonetta Sommaruga ist unter folgendem Link zu finden:

https://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/210213_rede_sommaruga_d.pdf

Fragerunde:

Frage von Daniel Kamm: Warum nahm die Schweiz so wenige Flüchtlinge von der griechischen Insel Moria auf?

Simonetta: Als ehemalige Vorsitzende des EJPD besuchte sie das Flüchtlingslager in Moria im März 2017. Die prekäre Situation in den Lagern ist ihr bewusst. Die Schweiz nimmt jährlich 800 Flüchtlinge aus verschiedenen Lagern auf.

Fragen von Karin Braun: Weshalb nimmt der Bundesrat keine Stellung zu den Folgeschäden der Krise für Kinder und Jugendliche? Warum gehört dieses Thema nicht auf die Agenda des Bundesrates?

Simonetta: Die momentane Situation bietet die Möglichkeit zu zeigen wie wichtig der Beruf der Lehrer:innen ist. Über dieses Thema wird in den Bundesratssitzungen regelmässig gesprochen. Es ist wichtig, die Probleme ernst zu nehmen.

Frage von Graziella Koch: Wann werden die Kredite an die Airlines überwiesen?

Simonetta: Die Bundesgelder wurden bereits an die Flugunternehmen ausbezahlt. Das Parlament hat eine neue Rechtslage geschaffen, die besagt, dass keine Dividenden ausgeschüttet werden dürfen. Das Ziel ist, die Arbeitsplätze zu erhalten.

6. Alterspolitik

Gespräch zwischen Mattea Meyer und Ruth Dreifuss

Ruth: Der Bundesrat musste damals der 10. AHV-Revision zustimmen, da die AHV zuvor klar Frauen diskriminierte. Die Unabhängigkeit vom Mann war nicht gewährleistet. Die schönste Erinnerung an die Zeit zurück, war die Zusammenarbeit der Gewerkschaften, der Frauenbewegung und der SP, um den Gegenvorschlag in Kraft zu setzen.

Mattea: Wie lautet deine Prognose bezüglich der anstehenden Reform der AHV?

Ruth: Wenn der Entwurf der bürgerlichen Kommissionsmehrheit sich durchsetzt, ist mit einer Niederlage vor dem Volk zu rechnen. Das Gleichgewicht wird nur schwer wieder hergestellt werden. In den ersten Jahren der AHV wurde sie alle 5 Jahre überarbeitet, jetzt gibt es einen Reformstau.

Mattea: Wie lautet deine Bilanz nach 50 Jahren Frauenstimmrecht und was sind deine Erwartungen?

Ruth: Wir Frauen waren im Stande das Parlament und das Volk zu beeinflussen. Die Frauen konnten das Ruder herumreissen. Leider hat sich bei der IV nicht viel verbessert.

Mattea: Wie ist deine Haltung zum Stimmrecht für Ausländer:innen?

Ruth: Das ist ein sehr wichtiges Thema. Wer Steuern zahlt, darf auch mitbestimmen. Der Kampf muss weitergehen und darf keine weiteren hundert Jahre dauern.

R-3 der GL: Keine politischen Spiele mit unserer Altersvorsorge!

Giuliana Foken: Die Position der SP Frauen* in Bezug auf die Erhöhung des Frauenrentenalters lautet ganz klar „Hände weg von unseren Frauenrenten“. Die unbezahlte Care-Arbeit wird hauptsächlich von Frauen geleistet und die Lohnarbeit erfolgt meist in Teilzeitarbeit. Das sind die Gründe, weshalb die Frauenrenten tiefer ausfallen.

Pierre-Yves-Maillard: Der Bundesrat und der Ständerat wollen die Situation der Altersvorsorge für Frauen verschlechtern. Es sei daran erinnert, dass ein Drittel aller Frauen keine Rente aus der 2. Säule erhält. Zudem ist die durchschnittliche Rente von Frauen in der 2. Säule nur halb so hoch wie die von den Männern. Eine zusätzliche Verschlechterung des Status der Frau muss verhindert werden. Ein Kompromiss mit den Sozialpartnern erlaubt, die Lage ein wenig zu verbessern.

Christine Goll: Die AHV muss unbedingt ausgebaut werden. Die drei wichtigsten Gründe lauten wie folgt:

1. Die Pensionskassenrenten befinden sich im Sinkflug. Das hat längere Arbeitszeiten, Senkung der Renten sowie eine höhere Bezahlung zur Folge.

2. Von der AHV kann niemand leben.
3. Das faktische Rentenalter stimmt nicht dem gesetzlichen Rentenalter nicht überein. Frauen ziehen sich früher aus dem Berufsleben zurück.

Mattea Meyer: Innert wenigen Tagen sind über 300'000 Online-Unterschriften eingegangen, um sich gegen den Rentenabbau zu wehren. Alle Menschen verdienen von ihrer Rente würdevoll zu leben.

Die SP wird AHV 21 und BVG 21 darum nur akzeptieren, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

1. Keine Erhöhung des Rentenalters.
2. Keine Senkung der Renten.
3. Keine Verschlechterung des BVG-Kompromisses der Sozialpartner.
4. Verbesserung der BVG-Renten für Frauen und Menschen mit tiefen Einkommen.
5. Keine Verknüpfung der beiden Reformen (AHV 21 und BVG 21), wenn damit Leistungseinbussen verschleiert werden sollen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung nimmt die Resolution einstimmig und ohne Enthaltungen an.

7. Parolenfassung für die eidg. Abstimmung vom 7. März 2021

Volksinitiative „Ja zum Verhüllungsverbot“ (Burka-Initiative)

Ada Marra: Diese Volksinitiative hat nur ein Ziel: Der SVP einen Anlass zu geben, um pseudo Feminismus und Ausgrenzungspolitik zu betreiben. Mit dieser Volksinitiative will das SVP-nahe „Egerkinger Komitee“ die Verhüllung des Gesichts in öffentlich zugänglichen Orten und der Zwang zur Gesichtsverhüllung aufgrund des Geschlechts verbieten. Bundesrat, National- und Ständerat lehnen die Volksinitiative ab. Der indirekte Gegenvorschlag sieht vor, dass bei Kontakt mit Behörden das Gesicht gezeigt werden muss, wenn dies für die Identifikation der betreffenden Person notwendig ist. Auf Antrag der SP wird der Gegenvorschlag mit mehreren gleichstellungspolitischen Elementen ergänzt.

Tamara Funciello: Bei der Burka-Initiative handelt es sich um ein Scheinproblem. Es ist bereits heute strafbar, jemanden zum Tragen einer Burka zu zwingen (Artikel 181 des Strafgesetzbuches). Zudem ist das Verhüllungsverbot kein angemessenes Mittel gegen die Bekämpfung des Terrorismus. Die Initiative stigmatisiert 400'000 Musliminnen die in der Schweiz leben.

Virginia Köpfli: Die SP Frauen* stellen sich gegen jegliche Form von Sexismus und Rassismus. Es braucht zusätzliche finanzielle Mittel für Anlauf- und Beratungsstellen für Frauen.

Mathilde Mottet: Diese Initiative hat nichts mit Feminismus zu tun. Eine Initiative, die den Frauen vorgibt, was sie tragen dürfen ist schlicht und einfach nicht feministisch. Wir leben in einer freien Gesellschaft in der jeder und jede Frei über sich entscheiden darf.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Nein-Parole.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung beschliesst die Nein-Parole mit 177 Nein-Stimmen, 7 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen.

Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste (EID-Gesetz, BGEID)

Walter Langenegger: Es ist unverständlich wie man amtliche Ausweise privatisieren kann. Die Identität eines Menschen ist eine sehr heikle Angelegenheit und dies kann Datenschutzmässig nur der Staat gewährleisten. Es ist das erste Mal überhaupt, dass die Schweizer Bevölkerung über die Art der Digitalisierung abstimmen kann. Wir sollten ein Zeichen setzen, dass die SP für die Digitalisierung ist, aber der Schutz der Privatsphäre und Datenschutz eingehalten werden muss.

Andreas Burger: Diese Vorlage ist ein Produkt von neoliberalen Privatisierungsphantasien. Die privaten Unternehmer haben die Aufgabe Gewinne zu erzielen, anstatt die Interessen der Menschen Beachtung zu schenken.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Nein-Parole.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung beschliesst die Nein-Parole mit 172 Nein-Stimmen, 6 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen.

Bundesbeschluss über die Genehmigung des Umfassenden Wirtschaftspartnerabkommens zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien

Fabian Molina, Ja-Parole: Wir haben es geschafft, dass es zum ersten Mal weltweit ein Nachhaltigkeitslevel auf Stufe Völkerrecht verankert wurde. Bei einem Handelsabkommen mit Indonesien gibt es ein Nachhaltigkeitskapitel. Dieses verpflichtet die Schweiz und Indonesien, Menschen- und Arbeitsrechte durchzusetzen und die Umwelt zu schützen. Die SP hat sich mit aller Kraft für eine gerechtere Globalisierung eingesetzt. Bei einem Nein bleibt beim Palmöl alles unverändert.

Ronja Jansen, Nein-Parole: Indonesien gehört zu den grössten Palmöl-Produzenten der Welt. Der Palmölanbau zerstört grossflächig die artenreichen Regenwälder und trägt dazu bei, dass dutzende Tier- und Pflanzenarten verschwinden. Die RSPO-Richtlinien (Roundtable on Sustainable Palm Oil) sind mangelhaft und treiben die Zerstörung der Naturschutzgebiete und artenreichen Regenwälder weiter an. Dieses Wirtschaftspartnerabkommen ist ein Vertrag der Mächtigen.

Brigitte Crottaz: Beim Freihandelsabkommen handelt es sich um ein Partnerabkommen. Beim Palmöl wird es nur Zollreduktionen geben, wenn nachgewiesen werden kann, dass das Öl nachhaltig produziert wurde.

Anina Aeberli: Die Menschenrechtslage in Indonesien hat sich seit dem Abschluss des Freihandelsabkommens massiv verschlechtert. In Wahrheit kann sich kaum ein Kleinbauer oder Kleinbäuerin eine Zertifizierung leisten. Unser Ziel war mehr Konzernverantwortung, die Folge daraus kann kein Freihandelsabkommen sein.

Sylvain Thévoz: Die Coronakrise ist ebenfalls eine Krise der Internationalen Handelsorganisation. Wir müssen unseren Konsum überdenken und die Abhängigkeit von anderen Staaten verringern. Das Abkommen mit Indonesien wird mehr Probleme schaffen als es abbaut. Es kann dazu führen, dass mehr Palmöl importiert wird zu Ungunsten von anderen Produktionsarten. Das kann zu einer Bedrohung für die lokalen Arbeitsplätze werden. Der Handel darf keine Priorität vor den Umweltnormen haben.

Claudia Friedl: Das konventionelle Palmöl produziert immense Schäden. Das erste Mal werden Nachhaltigkeitsbedingungen in das Freihandelsabkommen integriert. Die SP hat dafür gekämpft, dass nur nachhaltiges und fair produziertes Palmöl von Zollreduktionen profitieren dürfen.

Nicolas Siegrist: Die Befürworter:innen betonen ständig, dass das Abkommen endlich Nachhaltigkeitsstandards einhält. Die RSPO wird von der Agrarindustrie kontrolliert und steht seit dem Beginn in der Kritik. Das Label wird sich nicht verbessern, das zeigen NGO's aus Indonesien.

Carlo Sommaruga: Im Parlament kämpfen wir für einen fairen internationalen Handel und würdige Arbeitsbedingungen. Wir haben festgestellt, dass die Palmölimporte um 30% zurückgegangen sind. Zum allerersten Mal gab es einen Paradigmenwechsel. Das Abkommen ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, dank dem Engagement der SP.

Dario Boozarjomehri: Eine wirkliche Kontrolle in der Verordnung ist eine schwierige Angelegenheit. Wir können den staatlichen Organen kein Vertrauen schenken, die von bürgerlichen Mehrheiten kontrolliert werden. Wenn wir diesem Abkommen zustimmen, wird es den jetzigen politischen Massnahmen entgegen laufen. Es geht um den Aufbau einer lokalen und nachhaltigen Wirtschaft und nicht die Abhängigkeit von importierten Rohstoffen.

Jon Pult für die Geschäftsleitung: Der Grund für die Ja-Parole ist einerseits, dass sich die SP für die Überwindung des Kapitalismus einsetzt und den Welthandel umbauen will. Das Abkommen ist ein wichtiger Schritt in Richtung fairer Handel. Andererseits ist das Abkommen für die kleineren Marktakteure von grosser Bedeutung.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ja-Parole.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung beschliesst die Nein-Parole mit 119 Nein-Stimmen, 80 Ja-Stimmen und 10 Enthaltungen.

Es ist ein Ordnungsantrag von der SP Kanton Graubünden eingegangen auf Stimmfreigabe.

Nora Kaiser: Die SP Kanton Graubünden hat im Dezember die Ja-Parole gefasst. Die späte Parolenfassung der SP Schweiz hat einige Kantonalparteien in die Bredouille gebracht. Nora Kaiser plädiert auf Stimmfreigabe, damit die SP Schweiz und die Kantonalparteien nicht in einen Widerspruch kommen.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung beschliesst Ablehnung des Antrags auf Stimmfreigabe mit 103 Nein-Stimmen, 90 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen.

8. Statutarische Geschäfte und Wahlgeschäfte

Budget 2021

Rebekka Wyler: Wir bedanken uns bei unserer Finanzchefin Karin Mader für ihre hervorragende Arbeit. In Absprache mit allen Bereichen des Zentralsekretariats und der Partei wurde das Budget zusammengestellt. Wir schliessen die Rechnung mit einer schwarzen Null ab. Finanzbeschaffung ist ein wichtiges Thema für uns. Das Spendenwesen läuft sehr gut. Wir haben Rückstellungen aufgelöst und werden dies auch weiterhin tun.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung nimmt das Budget 2021 einstimmig und ohne Enthaltungen an.

Neuwahl Präsidium Fachkommission Migration/Integration

Rebekka Wyler: Nach der Wahl zum Co-Präsidenten der SP Schweiz wird Cédric Wermuth das Co-Präsidium der Fachkommission Migration/Integration abgeben. Für den frei werdenden Sitz

stellt sich Samira Marti zur Wahl, zusammen mit Mustafa Atici, der gerne Co-Präsident dieser Fachkommission bleibt.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Wahl von Samira Marti als Co-Präsidentin zusammen mit Mustafa Atici.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung wählt Samira Marti und Mustafa Atici als Co-Präsidium.

9. Parolenfassung für die eidg. Abstimmung vom 13. Juni 2021

CO₂-Gesetz

Gabriela Suter: Die SP Fraktion steht hinter dem Gesetz, obwohl es nicht genügt, um die Klimakrise zu bekämpfen. Die wichtigsten Massnahmen sind CO₂-Grenzwerte. Die Benzin- und Dieselpreise werden leicht ansteigen. Es wird eine Flugticket- und Privatjet-Abgabe geben.

Fabio Oberle: Ein kurzer Blick durch den Massnahmenkatalog des Gesetzes reicht, um zu erkennen, dass dies bei weitem nicht reicht. Zum Beispiel ein Verbot von Kurzstreckenflügen oder Privatjets fehlt in diesem Gesetz.

Roger Nordmann: Wissenschaftlich ist es klar, dass insbesondere die fossilen Brennstoffe ein Problem darstellen. Eine Erhöhung von 5% kann den Planeten unbewohnbar machen.

Rebekka dankt der Arbeitsgruppe und denen, die im Abstimmungskampf helfen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ja-Parole.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung beschliesst die Ja-Parole mit 170 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 7 Enthaltungen.

Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz»

Martina Munz: Die Trinkwasserinitiative will Subventionen nur noch für eine pestizidfreie Landwirtschaft auszahlen. Der Tierbestand soll so weit reduziert werden, dass kein Futter mehr importiert werden muss. Die Pestizidverbotsinitiative verlangt, dass der Einsatz von synthetischen Pestiziden in der landwirtschaftlichen Produktion, in der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und in der Boden- und Landschaftspflege verboten wird. Der Import von Lebensmitteln, die synthetische Pestizide enthalten oder mithilfe solcher hergestellt worden sind, soll verboten werden.

Martin Pfister: Mit Blick auf die Konzernverantwortungsinitiative haben der Bauernverband und Economiesuisse die Agrarpolitik im Parlament verzögert. Selbst wenn die Initiativen abgelehnt werden, können wir mit einem deutlichen Resultat Druck auf das Parlament ausüben, eine fortschrittliche und umweltfreundlichere Agrarpolitik zu beschliessen.

Samuel Bendahan: Mit der Trinkwasserinitiative kann erreicht werden, dass in 10 Jahren alle Pestizide abgebaut werden. Es ist äusserst wichtig, dass die Schweiz mit gutem Beispiel vorangeht. Die Resistenz des Antibiotika in unserem Trinkwasser ist eine grosse Herausforderung für das Gesundheitssystem. 40% der Vogelarten sind bedroht und 50% im Insektenbereich, diese Zahlen sind brandgefährlich. Wir wollen eine nachhaltige, verantwortungsvolle und humane Landwirtschaft.

Johannes Weilenmann: Diese Initiative betrifft Johannes besonders, da er von Beruf Bio-Bauer ist. Die Pestizidbelastung in den Böden, im Wasser und in den Lebensmitteln ist zu hoch. Diese beiden Initiativen sind wichtig und zwingend nötig. Die SP muss ein Zeichen setzen.

Empfehlung der Geschäftsleitung zur Trinkwasserinitiative: Ja-Parole.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung beschliesst die Ja-Parole mit 158 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen.

Empfehlung der Geschäftsleitung zur Pestizidinitiative: Ja-Parole.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung beschliesst die Ja-Parole mit 144 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen.

10. «Politische Rechte für alle – 50 Jahre Frauenstimmrecht»

Rede von Tamara Funicello: Dass ich als Tochter von Migranten und frauenliebende Frau die Eingangstreppe des Bundeshauses rauflaufen kann, haben wir echten Gigantinnen zu verdanken. Gigantinnen wie Rosa Bloch, Raymonde Schweizer, Lilian Uchtenhagen, Emelie Liebherr, Ruth Dreifuss und Christiane Brunner – auf ihren Schultern stehen wir. Denn ihnen und ihrem Jahrhundertalten Kampf haben wir es zu verdanken, dass wir dieses 50. Jubiläum des Frauenstimmrechts feiern dürfen. Dank unseren Vorkämpferinnen können wir uns als die Partei der Gleichstellung und das Zuhause des Feminismus nennen.

Wir sind die Partei des Widerstandes und der Utopien. Die Partei der geflüchteten Transfrau, der Kassierer:in mit Migrationshintergrund und des alleinerziehenden Bauarbeiters. Unser Feminismus kämpft für Mindestlöhne, gratis Kitas, Elternzeit, die 13. AHV Rente, die Anerkennung der Care Arbeit, einen starken Service Public und mehr Pflegepersonal, die Arbeitszeitverkürzung und für die 99% Initiative.

R-4 der GL: Stimmrecht für alle: Die SP kämpft für mehr Demokratie in unserem Land!

Ada Marra: Es ist Zeit für das Stimm- und Wahlrecht der Ausländer:innen zu kämpfen, wie wir das bereits vor fünfzig Jahren für das Frauenstimmrecht getan haben. Die Pandemie zeigte uns, dass Ausländer:innen für unsere Gesellschaft unabdingbar sind. Viele Ausländer:innen arbeiten in systemrelevanten Berufen, die besonders in der Coronakrise gefragt sind. Wir müssen zwischen Bürgerschaft und Nationalität unterscheiden. Es kann nicht sein, dass die Schweiz ein Viertel der Bevölkerung systematisch vom Stimm- und Wahlrecht fernhält.

Emmanuel Deonna: Vor fünfzig Jahren erhielten die Frauen das Stimm- und Wahlrecht. Heute noch darf nicht mitbestimmen, wer nicht über das Schweizer Bürgerrecht verfügt. Diejenigen, die in der Schweiz leben und ihre Steuern zahlen, sollen auch mitbestimmen dürfen. In Genf wurde das Stimm- und Wahlrecht für Menschen mit einer Behinderung eingeführt.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung nimmt die Resolution mit 142 zu 4 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen an.

R-5 der SP Frauen: 50 Jahre Frauenstimmrecht «Unser intersektionaler Kampf geht weiter!»*

Martine Docourt: Martine dankt allen Kämpfer:innen und Pionier:innen die sich für das Frauenstimmrecht eingesetzt haben. Auf den Schultern dieser stolzen Vorkämpfer:innen baut unser heutiger Kampf. Ein Kampf, der sich weiterentwickelt hat, inklusiver und intersektional wurde. Die SP Schweiz

fordert eine zeitgemässe und feministische Revision des Sexualstrafrechts. Zudem will die SP keine Revision der Altersvorsorge auf dem Buckel der Frauen und der Arbeiter:innen. Eine wichtige Rolle spielt die Verkürzung der Arbeitszeit.

Ursula Funk: Mit Schweizer Beteiligung wurde auf internationaler Ebene insbesondere mit den vereinten Nationen Instrumente geschaffen, um die intersektionale Mehrfachdiskriminierung zu bekämpfen und die Gleichstellung voranzubringen. Um die Forderungen erreichen zu können, braucht es Engagement von uns allen.

Wir möchten gerne daran erinnern, dass nicht alle Forderungen im feministischen Manifest umgesetzt worden sind.

Pascale Michel: Wir leben leider immer noch in einer patriarchalen Gesellschaft. Wir wollen uns an eine gleichberechtigte Gesellschaft annähern. Die Krise macht erneut auf die Ungleichheiten aufmerksam. Der Druck muss aufrechterhalten werden. Es gibt noch viel zu tun, Gleichheit und Gleichberechtigung zu erreichen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung stimmt der Resolution einstimmig zu, bei 2 Enthaltungen.

R-6 der GL: 50 Jahre nach dem Frauenstimmrecht der sozialdemokratischen Idee der Individualbesteuerung endlich zum Durchbruch verhelfen

Ada Marra: In steuertechnischer Hinsicht wird die patriarchale Sicht weiter aufrechterhalten und wurde in den letzten Jahren von der CVP und SVP unterstützt. Die Emanzipation der Frauen auf dem Arbeitsmarkt ist einer der wichtigsten Punkte für die Gleichstellung der Geschlechter. Die Individualbesteuerung ist das einzige Instrument, das alle gleichberechtigt behandelt und nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit besteuert.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung nimmt die Resolution einstimmig an, bei einer Enthaltung.

11. Resolutionen und Anträge

R-7 der GL: Die Krise darf nicht auf dem Buckel der Angestellten ausgetragen werden: SP und Gewerkschaften kämpfen für anständige Löhne und Arbeitsbedingungen im Luftverkehr

David Martinez (Kapers): Die Situation in der Flugbranche war bereits vor der Coronakrise prekär. Der Markt wurde bewusst unter anderem mit der Hilfe von der Politik dereguliert. Multinationale und wirtschaftsliberale Grosskonzerne haben das Sagen. Man hat gewollt eine künstliche Nachfrage nach Billigflügen geschaffen und damit ein fiktives Bedürfnis kreiert, das keinem Grundbedürfnis entsprechen kann. Je mehr Anbieter auftauchen, desto stärker sinken die Ticketpreise. Die Billig-Fliegerei wurde möglich, weil die Löhne des Kabinen- und Bodenpersonals tief sind, die Arbeitsbedingungen prekär und die Umweltkosten auf die Allgemeinheit abgewälzt werden.

Sandrine Nikolic-Fuss (Kapers): Die Luftfahrt als solche ist systemrelevant. Die CO₂-Emissionen müssen reduziert werden und es muss in Zukunft weniger geflogen werden. Gefordert werden CO₂-Abgaben auf Flugtickets, eine international harmonisierte Erhöhung des Kerosin-Preises, ein Ende der

steuerlichen Bevorzugung und sonstiger Subventionierung der Luftfahrt sowie Massnahmen zum Lärmschutz. Ein GAV muss eine unerlässliche Bedingung sein für die Flugbranche. Es ist schwierig mit den Billigfluggesellschaften einen Dialog zu führen. Schon seit Jahren wird die Flugbranche diskreditiert, weil sie die Umwelt schädigen würde, ohne dass man die Probleme angeht und die Ursachen untersucht.

Muriel Günther: Im Frühling machte die Swiss Schlagzeilen, weil sie vom Bund ein Hilfspaket erhielten. Trotz allem kündigte die Swiss den Gesamtarbeitsvertrag mit den Pilot:innen. Die SP hat dies nicht kommen sehen.

Cédric Wermuth: Das SP Präsidium hat sich zum Ziel gesetzt, möglichst viel mit den Betroffenen direkt zu arbeiten. Im Parlament setzte sich die SP ein für die Pflicht zu einem anständigen Umgang mit Menschen, für die Achtung von Gewerkschaften und für die Verknüpfung klimapolitischer Ziele an die Gelder der Swiss. Eine grenzenlose Liberalisierung hat einmal mehr gezeigt, dass Konkurrenz und Wettbewerb nur dazu führen, dass ganz oben immer mehr Geld und Vermögen angehäuft werden.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung nimmt die Resolution einstimmig an.

R-8 der GL: Für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und soziale Gerechtigkeit im Kosovo – Solidarität mit Vetëvendosje!

Albin Kurti (Spitzenkandidat Vetëvendosje!): Die Neuwahlen finden am 14. Februar 2021 statt. Die Wahlen haben grösste Bedeutung für den Kosovo, für die Schweiz und für ganz Europa. Vetëvendosje steht für Gerechtigkeit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Kosovar:innen die in der Schweiz wohnhaft sind, reisen nach Kosovo, um wählen zu gehen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme.

Beschluss der Delegiertenversammlung: Die Delegiertenversammlung stimmt der Resolution einstimmig zu, bei 9 Enthaltungen.

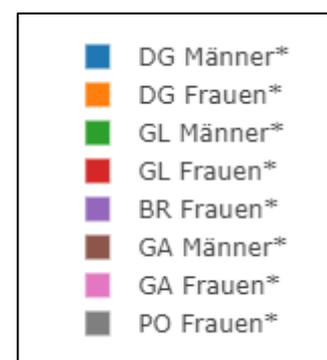
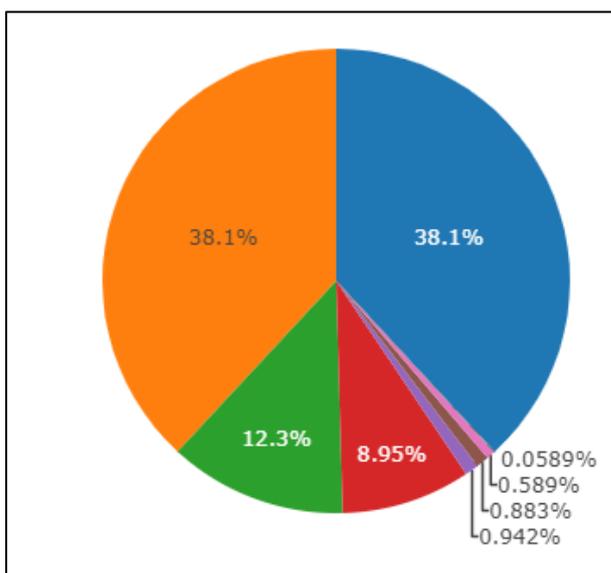
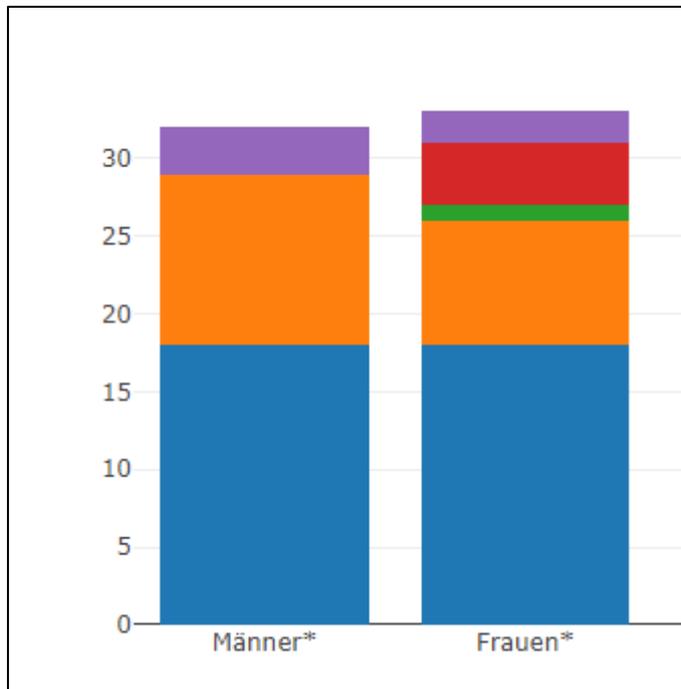
12. Schluss

Cédric Wermuth dankt Albin Kurti für seine netten Worte und wünscht ihm alles Gute für die bevorstehenden Wahlen. Des Weiteren bedankt er sich bei den Dolmetscher*innen, bei Stefan Merki und seinem Team von x-Light für die Technik und dem Personal des Zentralsekretariates der SP für ihren Einsatz.

Gender-Watch-Protokoll

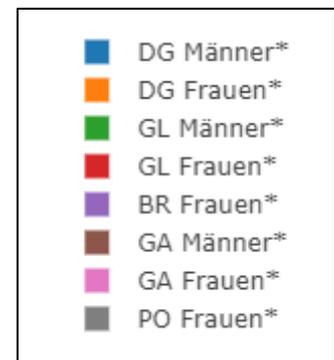
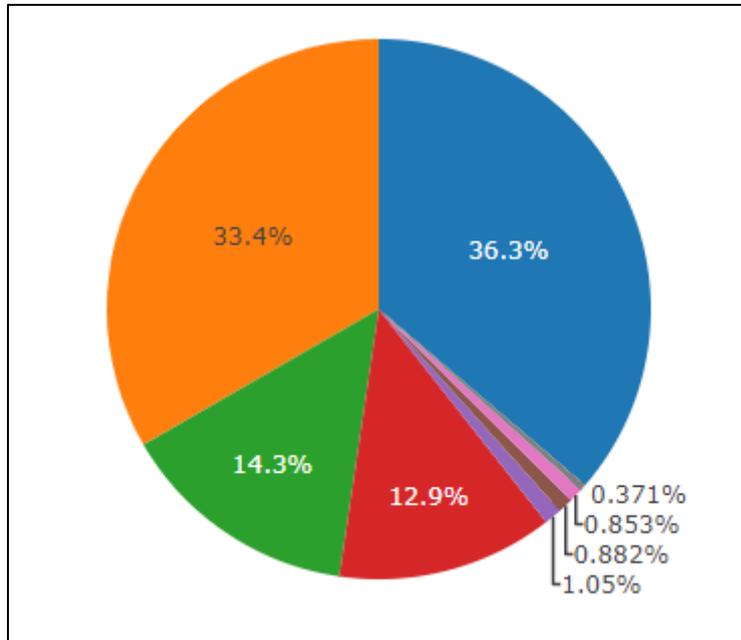
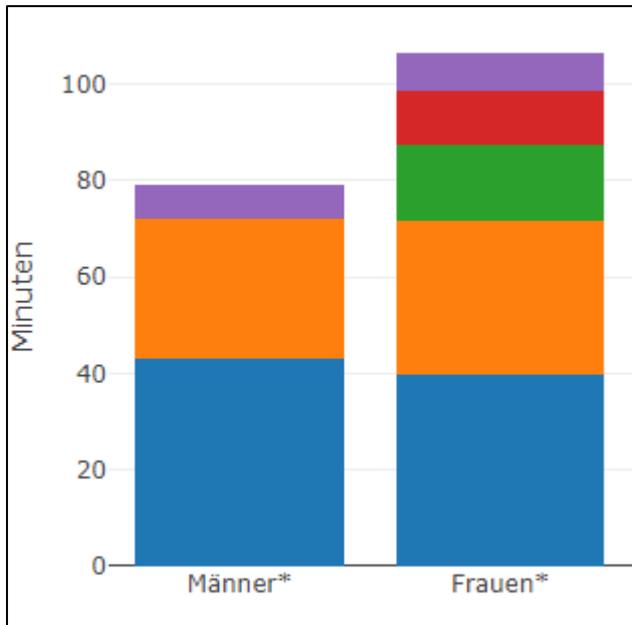
Detailauswertung nach Wortmeldungen

Nach Wortmeldungen (Total 65 Wortmeldungen)



Detailauswertung nach Redezeit

Nach Redezeit (Total 185 Minuten)



GL = Geschäftsleitungs- und Präsidiumsmitglieder
 DG = Delegierte
 PO = Podium (Podiumsdiskussion)
 BR = Bundesrat
 GA = Gäst*innen